



Interviews

Datum: 10. Oktober 2022

Manuel Atug im Gespräch mit Barbara Schmidt-Mattern

Barbara Schmidt-Mattern: Ich begrüße jetzt am Telefon Manuel Atug. Er ist Sprecher und Gründer der Arbeitsgemeinschaft Kritis. Das ist ein unabhängiger Verbund von rund 40 Fachleuten, die nach Wegen und Mitteln für mehr IT-Sicherheit in Deutschland suchen, sei es für Krankenhäuser, Stromleitungen, Trinkwasser oder den Verkehrssektor. – Guten Morgen erst einmal, Herr Atug.

Manuel Atug: Guten Morgen!

Schmidt-Mattern: Wir haben uns vor allem zu dem Thema Sicherheit der öffentlichen Infrastrukturen verabredet. Lassen Sie uns aber zunächst über diese Vorwürfe gegen Arne Schönbohm vom Bundesamt für Sicherheitstechnik sprechen. Dieser Verein Cybersicherheit Deutschland e.V., über den wir gerade gehört haben, was können Sie dazu sagen? Was ist das für ein Verein?

Atug: Das ist ein Lobby-Verein, wie es ganz viele in Deutschland gibt. Es gibt diverse Mitglieder, davon sind auch obskure dazwischen. Der Leitende von dem Verein hat sich ja vor Jahren schon öffentlich kundgetan, dass er mit allen Beteiligten redet, inklusive mit russischen Nachrichtendiensten oder so. Dann frage ich mich, dann müsste man eigentlich ihn fragen, was er da tut und was er da will, und weniger den BSI-Präsidenten. Diese Verbindung ist ein bisschen weit hergeholt. Da würde ich gerne Fakten sehen, dass Herr Schönbohm selber auch wirklich beteiligt war oder involviert war, weil alles deutet darauf hin, dass der aktuelle e.V.-Präsident das Ganze so offensiv angeht, und von ihm habe ich noch keine Stellungnahme zu den ganzen Vorwürfen gehört.

Schmidt-Mattern: Das heißt, dass Arne Schönbohm jetzt Kontakte pflegt, die fragwürdig sind, das ist bisher in Ihren Fachkreisen nicht schon weithin bekannt gewesen?

Atug: Doch. Das ist ein alter Hut, dass er den Verein ja sogar gegründet hat als erster Präsident und dann diesem anderen übergeben hat. Dass die zwei im Kontakt sind, ja gut, das leuchtet irgendwie ein. Er hat ja dann den Kontakt distanziert. Die Rede, die er für den Verein gehalten hatte, ist vom Staatssekretär abgesegnet worden. Kurzum: Vor vielen Jahren

war das mal eine Story. Dann wurde die ad acta gelegt, weil da irgendwie nichts an Substanz kam, und dann hat es sich erledigt. Jetzt ist auf einmal alles aufgebauscht. Man kann von Arne Schönbohm halten was man will. Ich hatte auch meine Vorbehalte am Anfang. Aber er hat das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik und auch die Sicherheit in Deutschland sehr stark vorangetrieben. Das muss man auch wertschätzen und auf jeden Fall würdigen. Sonst wäre es unfair.

Schmidt-Mattern: Sie sprechen jetzt von aufgebauchten Vorwürfen. Das heißt, Sie raten da zu Mäßigung und erst einmal abzuwarten über die tatsächliche Rolle dieses Vereins Cybersicherheit Deutschland e.V.?

Atug: Sowohl die Rolle des Vereins als auch die Rolle von ihm. Und ganz ehrlich: Da gibt es ganz andere Leute, die gegen die Sicherheit in Deutschland agieren und in Ministerien oder als politische Personen platziert sind und auf dem Digital-Kompetenzniveau eines Faxgerätes sind. Da sollte man vielleicht da mal aufräumen, um die Sicherheit in Deutschland zu erhöhen, und dann können wir uns den Ergebnissen der Ermittlungen widmen und nicht im Vorfeld verurteilen, wenn es noch keine Fakten gibt. Nur weil er eine Beziehung da hatte, das bedeutet nichts. Da würde ich gerne ein paar Fakten sehen. Ohne Fakten ist keine gute Grundlage.

Schmidt-Mattern: Jetzt, vielleicht aus Nicht-Expertensicht gesprochen, ist es aber doch dubios, dass dieser Verein diese Kontakte nach Russland hat. Oder wie sehen Sie das?

Atug: Der Verein definitiv und ich kann Ihnen gefühlt noch ein Dutzend andere nennen in Deutschland, die genauso agieren und angeblich zum Schutz von kritischen Infrastrukturen agieren, oder zum Schutz von Cybersicherheit, und in Wirklichkeit hohe wirtschaftliche Interessen haben und erlösorientiert agieren und dabei moralisch sehr verwerflich agieren. Von daher ist das einer von vielen. Dann sollte man vielleicht alle strukturiert aufräumen. Da hätte ich auch nichts gegen.

Schmidt-Mattern: Herr Atug, dann kommen wir zu dem anderen Thema, für das wir uns heute Früh verabredet haben, nämlich die mutmaßlichen Sabotageakte gegen die Deutsche Bahn, die am Samstagmorgen über mehrere Stunden dazu geführt haben, dass der gesamte Zugverkehr im Norden und Nordwesten Deutschlands komplett stillstand. Welche Anhaltspunkte haben Sie dafür, dass es sich da um einen gezielten Anschlag gegen die Deutsche Bahn handelt?

Atug: Es ist ja definitiv von den Sicherheitsbehörden gesagt worden, dass es eine Fremdeinwirkung gab. Das ist der Sprachgebrauch dafür, dass es wirklich eine Handlung einer Person, mutwillig oder absichtlich, war, die herbeigeführt wurde. Insofern steht, glaube ich, außer Frage, dass jemand zwei Kabel oder mehrere Leute zwei Kabel durchtrennt haben, in Berlin und in NRW. Aus welchen Motiven und welchen Hintergründen und wer die Akteure dahinter sind, da ist man ja noch am Recherchieren.

Schmidt-Mattern: Wir wissen noch nichts Genaues. – Können Sie Schlüsse aus dem ziehen, was bisher bekannt ist? Geht es da eher um Einzeltäter*innen? Geht es um ein Netzwerk? Geht es um politische Gruppen, um staatliche Stellen? Können Sie dazu schon was Genaueres sagen?

Atug: Diejenigen, die so was grundsätzlich können, weil es ihr Auftrag ist, sind Geheimdienste und Militärs dieser Welt. Die haben als Operationsauftrag, als Operation sozusagen das Sabotieren von kritischen Infrastrukturen, und zwar – und das sagt man im Militärsprech so – zum Destabilisieren der Bevölkerung von innen. Das heißt, Unruhe stiften. Das ist auf jeden Fall deren Auftrag, grundsätzlich weltweit, inklusive der deutschen Dienste und des deutschen Militärs. Die sind natürlich ein grundsätzliches Problem, weil das völlig überbordert, ob sie es jetzt waren oder nicht. Dann gibt es natürlich auch verwirrte Einzeltäter, die in Zeiten der Pandemie sowieso psychisch sehr unter Stress stehen, und dann gibt es Gruppierungen, die sich wie Querdenker oder Ähnliches zusammenschließen und sagen, wir sind gegen 5G und müssen Mobilfunkmasten in Flammen setzen oder da die Kabel durchtrennen. Solche Gruppierungen könnten zum Beispiel auch hingehen und sagen: „Dann trennen wir jetzt diese Kabel durch.“ Mit einer gezielten Recherche und ein bisschen Betriebsinterna kann man herausfinden, wo diese relevanten Punkte sind, und davon gibt es viele in Deutschland in allen kritischen Infrastrukturen, und da kann man eindringen.

Schmidt-Mattern: Genauer würden Sie sich aber zum jetzigen Zeitpunkt zur Urhebererschaft nicht äußern können oder wollen?

Atug: Nein. Das ist den Sicherheitsbehörden vorbehalten. Wir als AG Kritis sehen den Schutz der kritischen Infrastruktur im Vordergrund und stellen immer die Frage, der Bevölkerung zu sagen: „Egal welche Gefahr es gibt, liebe Regierung, liebe Wirtschaft, liebe Verbände - sorgt dafür, durch Gesetzgebung, durch Politik, durch Eigenverantwortung, durch Nachhaltigkeit in der Digitalisierung, dass morgen noch Strom und Wasser aus der Leitung kommt. Da müsst ihr einen Allgefahrenansatz fahren. Wer die Täter sind, das können gerne die Sicherheitsbehörden für sich herausfinden. Zum Schutz und gegen Störungen ist das unerheblich, wer der Täter ist. Es ist erheblich, welche Gefahren es gibt und wie man dagegen

resilienter ist und widerstandsfähiger sich aufstellt, so dass solche Störungen in Zukunft nicht mehr vorkommen.

Schmidt-Mattern: Bleiben wir noch einen Moment beim Beispiel Bahn. Da gibt es ja eine umfassende Sanierungswelle im Moment. Wir alle merken das, wenn wir im Zug sitzen, weil es ständig Verspätungen gibt oder ganze Verbindungen ausfallen. Wird denn diese Chance jetzt genutzt, dabei auch gleich die Sicherheitsinfrastruktur zu verbessern bei der Bahn?

Atug: Bestimmt schaut man darauf, aber für gewöhnlich sind Veränderungen in der Bahn-Infrastruktur mit Jahren vor auszuplanen, weil Sie ja nicht einfach sagen, morgen fährt der Zug nicht. Zugunterbrechungen, die für Wartung oder Updates geplant werden, sind mindestens ein Jahr im Voraus einzubringen in den Fahrplan. Insofern wird da nichts ad hoc passieren. Aber bei kritischen Infrastrukturen macht man auch nichts ad hoc. Man sollte die für 10, 20, 50, 70 Jahre planen und nicht für die nächsten fünf Minuten, weil in den Nachrichten was passiert ist.

Schmidt-Mattern: Es gibt jetzt ja viele Forderungen seit dem Wochenende aus der Politik, dass da mehr Geld in die Vorsorge gesteckt werden müsse, unter anderem zum Schutz der kritischen Infrastrukturen. Aber es lässt sich andererseits jeder Trafokasten oder Handymast überwachen.

Atug: Das ist richtig. Überwachung ist auch kein Schutz. Überwachung ist erst mal nur Verlieren von Privatsphäre und man kann anschließend zugucken, was der Täter veranstaltet hat, weil die Überwachung wird nicht live und direkt gemacht und man hat viele Service-Techniker vor Ort, die sofort eingreifen. Insofern bringt eine Überwachung ja eigentlich nie was, außer man möchte im Nachhinein was feststellen, und das verhindert ja den Schaden nicht. Insofern braucht man eine strukturierte Vorgehensweise, wie man Sicherheit als Prozess lebt und implementiert und diese Gefahren ausmacht und sagt: „Welche Redundanzen beispielsweise, welche alternativen Kommunikationskanäle können wir aufbauen, dass, wenn jemand absichtlich das hier durchtrennt, wir immer noch ein Fallback haben, eine andere Möglichkeit zu agieren.“

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.